

Die 'Freiheit' erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen 'Preis Welt', 'Frauen-Welt' und 'Der Jugend-Geselle'. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 25,- M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Preisband besagen für Deutschland, Dänzig, das Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 20,- M., für das übrige Ausland 27,- M.

Die zehnjährige Norddeutsche über deren Name folgt 15,- M., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das feinstenformatige Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das feinstgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90-152 99

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die österreichische Wirtschaftskrise

Von Dr. Otto Reichler (Wien).

Die schwere Weltwirtschaftskrise, die seit nunmehr fünfviertel Jahren auf der Weltwirtschaft lastet, hat in allen betroffenen Ländern im wesentlichen die gleichen Erscheinungen hervorgerufen. Die Ausdehnung des Produktionsapparates im Westen — das gilt insbesondere von Amerika —, der Fortfall des russischen und zum großen Teil auch des mittel-europäischen Absatzgebietes waren der Anstoß zu der Krise, die Geldwertsteigerung, die Verringerung des Banknotenumlaufes wirkte neben den schlechten Absatzverhältnissen bei der Verbilligung der Waren mit, obwohl die Arbeitslosigkeit darüber hinaus viel größeren Vordruck bewirkte, als durch die Senkung der Lebenshaltungskosten gerechtfertigt war; immerhin in den Ländern mit gesundem wirtschaftlichen Unterbau, wie es die großen kapitalistischen Staaten des Westens sind, hat die Krise neben ihren notwendigen ungünstigen Wirkungen, der Arbeitslosigkeit und den schlechten Absatzverhältnissen, noch einige gesunde Wirkungen gehabt: sie hat die Preise stark herabgesetzt und mit der Banknoteninflation aufgeräumt.

Ganz anders verläuft die Linie der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, obwohl äußerlich Oesterreich während der letzten Monate dieselben Symptome zeigte wie der Westen. Auch in Oesterreich herrscht seit 4 bis 5 Monaten Arbeitslosigkeit, die sich immer mehr verschärft, auch die österreichische Industrie leidet stark an Beschäftigungsmangel, auch die österreichische Valuta ist in den letzten Monaten im ganzen großen nicht mehr gesunken, was ja wenigstens ein Anhalt an die Geldverhältnisse im Westen während des letzten Jahres ist. — Die Krone hat seit der Revolution auf den Geldmärkten dieselbe Entwicklung genommen wie die deutsche Reichsmark, die österreichische Wirtschaft gestaltete sich ähnlich wie die deutsche. Nach dem Umsturz stürzte sich ähnlich wie die deutsche. Nach dem Umsturz das vollkommene Darniederliegen der Produktion, weil einfach die notwendigen Rohstoffe zur Umstellung und zum Wiederaufbau der Produktion fehlten. Was in Oesterreich an territorialen Verschiebungen durch den Friedensvertrag, die Trennung der Wiener und niederösterreichischen Industrie von ihren in der Tschecho-Slowakei gelegenen Rohstoffen ausmachte, das rief in Deutschland neben der Abtretung wirtschaftlich wichtiger Gebiete der Zwang zur Ablieferung von Rohstoffen an die Entente hervor. Bald belebte sich jedoch die deutsche wie die österreichische Wirtschaft. Der rapide Sturz der Krone und Mark brachte die Industrie wieder in Gang und die Zeit bis Ende 1921 war von fortwährenden Wertschwankungen erfüllt, die von dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig waren und Absatz für ihre Produkte fanden, als schon längst die Fabriken in Amerika und England stillstanden. Vollends der ungeheuerliche, schwindelerregende Sturz der Krone und Mark im Herbst 1921 machte es insbesondere möglich, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, als die westlichen Staaten durch Vordruck ihre Produktionskosten während der Krise bereits herabgesetzt hatten.

Indes die Frische der österreichischen Wirtschaft während der Vermehrung des Banknotenumlaufes gleich immer mehr der Verhaftigkeit eines im schwersten Fieber Delirierenden. Die Krone sank im Herbst der Moment schien bedenklich nahe, wo die österreichische Krone sowie der Sowjetrußland nicht mehr auf den internationalen Geldmärkten notiert wird, wo sie als Zahlungsmittel im internationalen Verkehr nicht mehr angenommen wird. Unter dem Eindruck dieser bedrückenden Entwicklung beschloß die christlichsoziale Regierung infolge des Druckes des sozialdemokratischen Finanzplanes etwas mehr Aktivität in Finanzsachen zu entwickeln als bis dahin. Und wiederum unter dem Eindruck dieser Maßnahmen gelang es der österreichischen Regierung, kleinere Kredite zu erhalten. Der erste dieser Kredite war der tschecho-slowakische, der vor allem die fortwährenden Zahlungen des österreichischen Staates — der Bahnen — besonders für tschechische Kohlen erleichtern sollte, dann kam der englische, französische und italienische Kredit, die alle zusammen allerdings noch so klein sind, daß sie zu einer Stabilisierung der österreichischen Krone und insbesondere zu einer Wiedergeburt für neuauzgebende Banknoten nicht genügen, die aber für den Augenblick ein weiteres Fallen der österreichischen Krone verhindern.

Dem beängstigenden Prozeß des Zusammenbruchs der Krone war dadurch ein wenig Einhalt geboten,

#### Schwere Arbeitskämpfe überall

##### Die Ansperrungen in Süddeutschland

Sind in allen Betrieben des Bezirks Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Hanau, Oberursel und Bad Homburg durchgeführt. In Höchst a. M., das in der besetzten Zone liegt, dürfen keine Ansperrungen erfolgen. Da die meisten Betriebe der Metallindustrie sechsstündige Rändigung haben, würden die Ansperrungen vom nächsten Montag ab in Kraft treten. Die Möglichkeit, daß es vorher noch zu einer Einigung kommt, ist nach der 'Frankfurter Zeitung' nicht ausgeschlossen.

##### Auch die badischen Metallindustriellen sperren aus

Nach einer Drahtmeldung der 'D. N. Z.' hat der Verband der Metallindustriellen Mittel-Badens beschlossen, mit Wirkung vom 2. Juni sämtliche Metallarbeiter der dem Verbands angeschlossenen Betriebe auszusperren, um dadurch die Einmütigkeit der süddeutschen Arbeitgeber in der Frage der 48-Stunden-Woche zu befördern. Die Rändigung in den einzelnen Betrieben erfolgt allgemein mit Wirkung vom 2. Juni ab.

Immer herausfordernder gebärdet sich das Unternehmertum. Rücksichtslos werden die Familienväter auf die Straße geworfen und Hunderttausende von Arbeitskräften dem Wirtschaftsleben entzogen. Mag darüber der vielgepriesene 'Wiederaufbau' noch so sehr leiden, was schert das den Unternehmerinteressen. Wenn nur der Profit vergrößert und gesichert wird.

Indessen, die Pläne der Unternehmer müssen zunichte werden an dem unzweideutigen Solidaritätswillen der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft. Er darf nicht zulassen, daß die Klassengenossen vom Hunger zur Niederlage gezwungen werden. Das Unterstützungswerk für die streikenden und ausgesperrten Kollegen muß verdoppelt, wenn nötig verdreifacht werden.

Ihr Kampf ist unser Kampf!

##### Die Christlichen Gewerkschaften vor dem Streikbruch?

Stegerwalds Zeitung 'Der Deutsche' bringt in seiner letzten Ausgabe an erster Stelle einen Artikel, der sich mit dem süddeutschen Metallarbeiterstreik beschäftigt. Nachdem einleitend der Zusammenbruch des süddeutschen Metallarbeiterstreiks als sicher hinstellt wird und den christlichen und Kirch-Dunkler Gewerkschaften vorgeworfen wird, daß sie sich nur im Schlepptau der freien Gewerkschaften befinden, wird dann ziemlich unverbället zum Streikbruch angeraten. Das Handeln nach festen Grundsätzen sei allem Falschen und Lavieren vorzuziehen. Im November 1918 sei das 'sozialistische Dogma' vom Achtstundentag zum 'Staatsdogma' erhoben worden. Demnach aber habe in den freien Gewerkschaften 'das Mandement mit tadelloser Begier sein Eradnen an unheilsamen Arbeitskämpfen'.

Sollte wirklich die Leitung der christlichen Gewerkschaften die Absicht haben, den ausgesperrten Metallarbeitern jetzt in dem Moment in den Rücken zu fallen, wo die Unternehmer rücksichtslos weitere Tausende von Arbeitern auf die Straße werfen? Das ließe allerdings sehr bezeichnende Schlüsse zu.

##### Sympathiestreik in der Tschechoslowakei

Der Metallarbeiterstreik in der Tschechoslowakei ist nach einer Dauer von zwei Wochen in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Arbeiterschaft von Prag und Umgegend hat beschlossen, für die Metallarbeiter einen allgemeinen Sympathiestreik zu veranstalten. Dieser Prager Streik sollte heute Rittersnacht beginnen und 24 Stunden dauern.

aber sofort zeigten sich die schlechten Wirkungen in der Wirtschaft. War die Beschäftigung der österreichischen Industrie bisher nur dadurch möglich gewesen, daß die Krone fortwährend sank, daß bei jedem neuen Sinken die Lebenshaltung für ausländische Valuta immer billiger, für inländische aber um so unerschwinglicher wurde, daß die Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft nicht einmal die Aufrechterhaltung des bisherigen Lebensstandards ermöglichten, daß also bei jeder neuen Senkung der Krone den Unternehmern als Ergebnis eine höhere Ausbeutungsrate in den Schoß fiel, so zeigte sich sofort beim Fortfall dieses Betäubungsmittels, daß die österreichische Industrie ohne diese Krücke ihre Konkurrenzfähigkeit nicht behaupten konnte. Dazu kam der Sturz der Mark während des Jahres 1922. Was Oesterreich früher auf dem Weltmarkt Deutschland gegenüber im ganzen großen konkurrenzfähig, so schlug jetzt Deutschland auch diesen letzten Konkurrenten mit der schlechtesten Valuta, da die deutsche Mark zu einer Zeit weiter fiel, als die österreichische Krone stabil blieb. Die österreichische Industrie leidet seit Beginn des Jahres an Beschäftigungslosigkeit, obwohl nicht in dem Maße, wie die Unternehmer es darstellen, die Arbeitslosigkeit nimmt aber doch konstant zu und erreicht schon ein ziemlich bedenkliches Ausmaß. — Inwieweit bietet Oesterreich das normale Krisenbild. Das Abnormale, Gefährliche der österreichischen Wirtschaft liegt aber darin, daß alle Preise seit Jänner noch immer steigen. Während in den Weststaaten der Preissturz parallel mit der Krise, ja sogar schon vor Beginn der Krise teilweise einsetzt, haben wir in Oesterreich trotz der Krise fortschreitende Preissteigerungen zu verzeichnen. Was sonst das normale Hilfsmittel des Kapitalismus gegen die Krise ist,

den dauern. Heute bleibt Prag ohne Zeitungen. Vom Streik ausgeschlossen sind allein die lebenswichtigen und humanitären Betriebe. Inzwischen werden die Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks weitergeführt. Die Löhne der Metallarbeiter dürften um etwa 15 Prozent herabgesetzt werden.

##### Kämpfe in der österreichischen Metallindustrie

(W.Z.) Wien, 18. Mai

Zwei Arbeiteraktionen hielten die Betriebsräte der Wiener Metallindustrie über ihre Stellungnahme zur Rändigung der Kollektivverträge eine Beratung ab. In der einstimmig angenommenen Resolution wurden alle beabsichtigten Lohnkürzungen abgelehnt und die Verbandsleitung aufgefordert, alle Kampfmittel zur Abwehr gegen jede Verschlechterung der materiellen, sozialpolitischen und rechtlichen Lage der Metallarbeiter in Anwendung zu bringen.

(Intel.) Wien, 18. Mai

Eine Versammlung der Betriebsräte der Metallindustrie von Wien und Niederösterreich beschloß gestern, die von den Industriellen geforderte Lohnkürzung abzulehnen und beantragte den Vorstand des Metallarbeiterverbandes, alle Mittel anzuwenden, um eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu vermeiden.

##### Aussperrung der Berliner Holzarbeiter?

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, planen die Berliner Holzindustriellen die Aussperrung der Holzarbeiter. Eine Bekämpfung dieser Meldung konnten wir bisher nicht erhalten.

##### Neue Forderungen der Berliner Gemeindearbeiter

Das Lohnkartell der hiesigen Arbeiter Berlins hat am Dienstag dem Tarifamt des Magistrats neue Forderungen überreicht. Für Juni wird eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 7 M. pro Arbeitsstunde verlangt, so daß sich der Lohn für den ungelernten Arbeiter auf 20 bis 21 M., für den Handwerker auf etwa 23 M. pro Stunde stellen würde. Die Lohnerhöhung im Mai von 50 Pf. habe in keiner Weise die Teuerung ausgleichen können, weshalb für alle hiesigen Arbeiter für den Monat Mai eine Entschädigungsbetrag von 1000 M. verlangt wird.

Die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen werden zwischen dem Tarifamt und dem Lohnkartell in nächster Woche erfolgen. Das Reichsarbeitsministerium hat den Schlichterspruch über den Mantelartikl vom 14. April für verbindlich erklärt bis zum Jahre 1924.

##### Der Landarbeiterstreik in Pommern

in Mecklenburg-Strelitz (Land Stargard), der seit dem 20. April wegen des Abfalles eines Tarifvertrages dauert, soll nach einer T. U.-Meldung zusammengebrochen sein. — Die Unternehmer haben, wenn diese Meldung zutrifft, mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften der Soldaten, also der Rotbach-Streikbrechergarden, sowie der Technischen Rothilfe, die Landarbeiter niedergedrungen. —

##### Neue Unruhen in Irland

(W.Z.) Belfast, 18. Mai

Die Schieferereien geübt und mehrere verwundet. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter geübt und einer verwundet.

nämlich die Preise herabzusetzen, um wieder Absatz für die Produkte zu finden, ist in Oesterreich vollkommen unmöglich, im Gegenteil, die auf dem Weltmarkt ohnedies nicht mehr konkurrenzfähigen Waren müssen im Preis noch erhöht werden, da die Herstellungskosten weiter wachsen. In der Periode des Kronensturzes wurde Oesterreich für Ausländer immer billiger, die Preise blieben gegenüber dem Sturz der Krone zurück und wenn es auch für die Arbeiter immer teurer wurde, so sind die Preise der Lebensmittel in Oesterreich bei jedem neuen Sturz der Krone immer weiter unter das Weltmarktniveau gesunken. Genau so, wie sich in der österreichischen Industrie, wo die einzelnen Anlagen noch unglaublich niedrig zu Buch stehen, ein automatischer Prozess der Aufwertung, ein Annähern an die Weltmarktpreise vollzieht, so nähern sich nun auch die Preise in Oesterreich während der Periode des Stillstandes der österreichischen Krone notwendigerweise dem Weltmarktpreise. In Weltmarktpreisen ist aber — und das ist das Zeichen viel bedenklicherer Gefahrenmomente der österreichischen Krise — die österreichische Wirtschaft überhaupt nicht konkurrenzfähig. Dieses wirtschaftlich vollkommen zerstückelte Land, das den Friedensvertrag geschlossen hat, hat durch die Beschäftigung seiner Industrie während der Periode der Inflation über seine wirtschaftliche Unfähigkeit hinweggetäuscht, jetzt zeigt sich aber wiederum, daß ein Land, das den größten Teil seines Lebensmittels, seiner industriellen Rohstoffe vom Ausland beziehen muß, ohne dafür in der heimischen Produktion soviel Arbeitswerte in diese Rohstoffe zu verarbeiten, daß sich die Produktion — auf dem Weltmarktniveau gerechnet — lohnen würde, wirtschaftlich nicht allein bestehen kann und daß es dafür nur zwei Mittel der Abhilfe gibt; das eine sind fortgesetzte Geschenke an dieses Land, die ganz einfach den Einfuhrüberschuß decken. Diese Geschenke können die Form von sogenannten „Krediten“ annehmen, die natürlich immer weitere politische Versklavung dieses Landes und insbesondere seiner Arbeiterklasse bedeuten würden, das andere Mittel, das vor allem von der österreichischen Arbeiterklasse propagiert wird, ist der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet, aber in einem Sinne, der historisch und politisch keinen Rückschritt darstellt, also etwa die Wiederaufrichtung des alten Oesterreich in irgend einer Form bedeutet, sondern Oesterreich einfügen will in das deutsche Wirtschaftsgebiet.

Indes lassen die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Europa das noch auf lange Zeit hinaus unmöglich erscheinen. Die österreichische Arbeiterklasse steht also in der gegenwärtigen doppelten österreichischen Krise, die einerseits eine Absatzkrise ist, wie sie gegenwärtig in der Welt vorherrscht, andererseits aber eine besondere neuerliche Krise dieses wirtschaftlich unfähigen Gebildes ist, vor der Aufgabe, den Versuch der Unternehmung, trotz der gegenwärtigen Preissteigerung die Bühne zu verlassen und die Arbeitszeit zu verlängern, vor der Aufgabe, auf gewerkschaftlichem Gebiet diesen frivolen Versuch zu vereiteln. Daneben muß die österreichische Arbeiterklasse auf finanzpolitischem Gebiet darauf zu dringen, daß die Ansätze, die sich in Oesterreich anlässlich dieser doppelten Krise zu einer neuen Senkung der Krone und zum Beginn des Spiels der letzten Jahre von vorn zeigen, durch finanzpolitische Maßnahmen auf Kosten der Besitzenden wirksam bekämpft werden. Auf politischem Gebiet besteht aber die Aufgabe zur höchsten Wachsamkeit, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit dieses Landes von den weltlichen Imperialisten und den heimischen Reaktionen nicht dazu ausgenutzt wird, die Ansätze zur innerpolitischen Reaktion zu stärken und die Aktionsfähigkeit der österreichischen Arbeiterklasse zu schwächen.

## Der erkappte Hermes

### Wo bleiben die Zahlungsbelege?

Nachdem das stenographische Protokoll der Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen Hermes vom 2. Mai nunmehr vorliegt, ist es möglich, die Aussage des so viel gewandten Ministers einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Wie sehr dies nötig ist, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung seiner Aussagen zu den wirklich angeführten Akten dokumenten.

1. Hermes: „Es sind nicht vier Weinsendungen, sondern eigentlich nur die zwei Weinsendungen, und zwar die Weinsendung im Frühjahr 1920 und die Weinsendung im Frühjahr 1921.“

#### Akten dokumente:

1. Die Rechnung über 187 Flaschen vom 27. 4. 20 zu 3,- Mark die Flasche.
2. Brief über Versand der 110 Flaschen vom 10. 2. 21 zu je 2,- Mark die Flasche.
3. Offerte über 100 Flaschen vom 16. 2. zu je 5,- Mark die Flasche und Annahmefreie von Hermes vom 19. 2. 1921.
4. Briefe vom 28. Dezember und 9. Dezember 1921 über bevorstehenden Versand der gekauften Sendung von 200 Flaschen zu 7,70 Mark.

Es sind also entgegen der Behauptung von Hermes doch vier Weinsendungen.

2. Hermes (über die vierte Weinsendung): „Herr Direktor Kauf ist gelegentlich bei mir in Berlin gewesen und hat erklärt, er und einige Bekannte wären in der Lage, einen Posten Wein abzugeben. . . Darauf hat er die Offerte gemacht, der bis heute keine Folge gegeben ist.“

#### Akten dokumente:

Die Schreiben des Wingerverbandes an den Minister bzw. des Ministers an den Wingerverband vom 28. 11. 7. und 9. 12. 21. Der Brief vom 7. Dezember lautet:

Reichsminister Berlin-Dahlem, den 7. Dez. 1921.  
Dr. Hermes. Königin-Luisen-Str. 17.  
An Herrn Direktor Kauf  
Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer,  
Trier.

Wir besten Dank für die gefl. Mitteilung vom 28. v. M. bitte ich, die Sendung an meine Adresse, Güterbahnhof Berlin-Steglitz, abfertigen zu wollen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung  
des Hermes.

Die vierte Weinsendung ist also keine „Offerte“, sondern ein zwischen Hermes und dem Wingerverband abgemachter Kauf.

III. Hermes: „Ich habe mich persönlich um die Weingeschichte kaum gekümmert.“

Akten dokumente erweisen, daß folgende Briefe den Wingerverbandes dem Minister persönlich vorgelegt haben: Brief vom 27. April 1920, Rechnung vom 27. April 1920, Brief vom 14. Februar 1921, 19. Februar 1921, 11. Mai 1921 und 28. November 1921. Sie sind entweder an seine Privatadresse gegangen, oder tragen seinen Sichtvermerk, oder wurden von ihm persönlich beantwortet. Außerdem sind die folgenden Schreiben an den Wingerverband von ihm selbst geschrieben worden: 16. Februar 1921 und 7. Dezember 1921, ebenso das Telegramm vom 24. April 1920, das mit der Privatadresse von Hermes versehen war.

Hermes hat sich also sehr eingehend um die Weingeschichte gekümmert. Gekümmert hat er sich sicherlich aber auch um das Trinken der 647 Flaschen.

IV. Hermes: „Ich möchte hierzu nur das eine sagen, daß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf verwehren muß, als ob es mir bekannt gewesen sei, es wären Ausnahmepreise.“

Akten dokumente: Brief vom 27. April 1920 des Wingerverbandes (adressiert an die Privatwohnung!) der wörtlich meldet:

„Die Weine kosten pro Flasche 3 Mark, aber das ist selbstverständlich nicht der heutige Handelswert und nur dieser kann in Frage kommen, wenn Sie für die beantragte Sendung Entschädigung verlangen wollen.“

V. Hermes (hierzu fortfahrend): „als ob ich gewissermaßen hätte wissen müssen, es wären Geschenkpreise. . . Das weise ich mit allem Nachdruck zurück.“

Akten dokumente: Aus dem gleichen Brief vom 27. April 1920: „Ich habe deshalb eine Rechnung geschrieben, und die Preise eingelegt, die heute im Handel für die Weine gezahlt werden.“ Dazu die Rechnung vom gleichen Tag, die diesen Handelswert der 187 Flaschen mit 8430 Mark beziffert, während Herr Hermes genau 581 Mark zahlte. Herr Hermes wird mitgeteilt, der Preis von 3 Mark sei nicht der Handelswert. Er erhält eine Rechnung über 8430 M. und zahlt dafür 581 M. Er weiß aber nicht, daß das „Ausnahmepreise“, „Geschenkpreise“ sind.

Eine Frage: Waren Sie, Herr Hermes, solche Preise schon so gewöhnt, daß Sie dafür keine Empfindung mehr hatten?

VI. Hermes: „Mit aller Entschiedenheit muß ich die Unterstellung zurückweisen, — und ich finde es unerhörte, daß der Abgeordnete Herz die Stirne hat, das zu sagen, — als ob ich die Absicht gehabt hätte, auf Grund falscher Preisangaben des Wingerverbandes eine falsche Reklamation einzuleiten.“

Akten dokumente: Telegramm des Ministers vom 24. April 1920 und Antwortbrief des Wingerverbandes vom 27. April.

Nur eine Frage: Wenn Herr Hermes eine richtige Reklamation einreichen wollte, weshalb hat er dann den Wingerverband um die „Beinoriginalrechnung“ den Preis von 3 Mark kannte er doch. Für sich brauchte er doch keine Rechnung. Und wie kommt es, daß der Wingerverband ihm genau dieselbe „Unterstellung“ zutraute, wie der Abgeordnete Herz?

Diese Zusammenstellung ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Kampf gegen die Sophistik des Ministers Hermes. Auf die Frage, was denn der Herr Minister außer den 647 M. für die erste Weinsendung, für die zweite, dritte und vierte Sendung bezahlte, hat Hermes bisher überhaupt keine Antwort gegeben. Ebenwenig waren bisher von ihm oder dem Wingerverband Belege über geleistete Zahlungen zu erhalten.

Will man sich diese etwa durch hilfswillige Mitmenschen nachträglich verschaffen? Wir warnen dringend! Man sehe sich wenigstens vorher die §§ 158—159 und § 257 des Strafgesetzbuches genau an.

## Gegen die Erdrosselung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

In einer am 15. d. Mts. abgehaltenen Sitzung nahm der Ausschuß des Ortskartells Groß-Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes einstimmig folgende Resolution an:

„Das Ortskartell Groß-Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes stellt einstimmig fest, daß die nach harten Kämpfen der Arbeiter und Angestellten geschaffenen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einem dringenden sozialen Bedürfnis entsprechen und den Arbeitnehmern erst die Möglichkeit schufen, ihre Rechtsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis geltend zu machen. Anstatt nun die soziale Rechtsprechung durch den Ausbau dieser Gerichte zu Arbeitsgerichten allen Arbeitnehmern zu erhalten bzw. zu erschließen, sieht der Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte vor.“

Den im Referentenentwurf niedergelegten und wiedergegebenen Gedankengängen scheint auch der Reichsjustizminister Raddbruch zu folgen, wie aus Stellungsbereichen über ein Referat hervorgeht, das er vor den Funktionären der Sozialdemokratischen Partei, allerdings nicht unumwunden, gehalten hat.

Die Durchführung der im Referentenentwurf erkennbaren Absicht würde das Ende der sozialen Rechtsprechung bedeuten. Das Reichsarbeitsministerium kommt mit seinem Entwurf lediglich den Vorschlägen des 4. Deutschen Richtertages sowie des 32. Deutschen Juristentages entgegen. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums ist ein Schlag ins Gesicht der gesamten Arbeitnehmerschaft, der zur schärfsten Abwehr herausfordert.

Der Ausschuß des Ortskartells Groß-Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes fordert gegenüber dem oben gekennzeichneten Beginn den Ausbau der bestehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichte zu allgemeinen Arbeitsgerichten. Er ist entschlossen, die in den ihm angeschlossenen Angestelltenverbänden bereinigten Mitgliedschaften zum schärfsten Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung, die eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeitnehmer darstellt, aufzurufen.“

## Heute Schluß in Genua

(WZ.) Genua, 18. Mai

Bei der heutigen Abstimmung wurden alle Vorschläge der politischen Kommission angenommen und beschlossen, die Plenarsitzung der Gesamtkonferenz morgen vormittag 9 Uhr abzuhalten.

Die deutsche Delegation wird am Sonnabend früh die Heimreise nach Berlin antreten.

## Der Hunger in Rußland

Das Diskussionskomitee zum Studium der russischen Hungersnot meldet einem Telegramm aus Genf zufolge, daß allein im Gouvernement von Rogara in der Zeit vom April bis 1. Mai 1922 110 000 Kinder an Hunger gestorben sind, im Gouvernement von Kirakan und im Gouvernement von Rorugin 23 000.

Nach einem Sonderbericht der „D.B.“ sind mehrere tausend Einwohner der Halbinsel Krim aus Hungersnot nach Kleinasien geflüchtet.

## Rußland und der Völkerbund

Vor dem Völkerbundrat hielt gestern in Genf der beredteste Forscher und Organisator der Rußlandhilfe, Ranssen, eine bemerkenswerte Rede über Rußlandprobleme. Er führte u. a. aus:

„In der Begründung eines im Auftrage seiner Regierung übermittelten Antrages auf Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission für die Hungergebiete gab Ranssen ausführliche Einzelheiten über die russische Hungersnot, den Kannibalismus, zu dem sie geführt hat und die tröstlosen Aussichten über das nächste Jahr infolge der geringen zu erwartenden Ernteerträge. Die Bekämpfung der Hungersnot sowie der daraus entstehenden Epidemien ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands. Rußlands wirtschaftlicher Wiederaufbau ist seinerseits unbedingte Voraussetzung für den Wiederaufbau Europas. Ranssens Ausführungen, die an vielen Stellen ernste Kritik an der Genueser Konferenz übten und zu einem berechtigten Plädoyer für das russische Volk wurden, erregten das lebhafteste Aufsehen.“

Begründend, daß sein Antrag ein rein wirtschaftliches Ziel enthalte, fuhr Ranssen fort:

„Ich brauche den Völkerbundrat kaum an die Wirtschaftskrise zu erinnern, die gegenwärtig in Europa herrscht. Vielleicht wissen Sie nicht, wie Norwegen unter der Wirtschaftskrise leidet. Die Arbeiter Norwegens sind ohne Beschäftigung, weil die Fabriken geschlossen sind. Die Fischer sind müde, weil die Schiffe untätig im Hafen liegen und sie keinen Absatz für ihre Fische finden. Norwegen erlebt gegenwärtig eine der schwersten Krisen, und das gleiche gilt für ganz Europa. Nach Ansicht meiner Regierung ist aber diese Kritik nur darauf zurückzuführen, daß Rußland aufgehört hat, wirtschaftlich zu existieren. Alle großen Volkswirtschaften, deren Anteil ich einholte, sind sich darin einig, daß das Durchschnittsniveau unserer europäischen Lebensbedingungen nur deshalb so tief steht, weil Rußland heute isoliert ist.“

An die Ausführungen Ranssens knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in deren Verlauf Balfour, Bourgeois, Marquis Imperiali und die anderen Mitglieder des Rates für die Beweiskraft des Antrages an die Genueser Konferenz eintraten, wogegen Ranssen nachdrücklich protestierte, da dies einem Begründungsantrag gleichkomme. — Ranssens Protest fand jedoch kein Gehör. Kein Wunder, Fragen der Gerechtigkeit, Völkerberuhigung usw. sind für den Kapitalismus Profittagen und werden nur dann berücksichtigt, wenn dabei viel verdient wird.

## Amnestie in Oberschlesien

Dr. Oppeln, 18. Mai

Der Vorsitzende der Interalliierten Kommission, General Le Rond, beabsichtigt, bei der bevorstehenden Uebergabe der beiden Teile Oberschlesiens eine Amnestie für die Personen beider Nationalitäten zu erlassen, die nach dem letzten Aufstand wegen Widerstandes gegen die Interalliierte Kommission zu einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren verurteilt wurden. Nicht unbegriffen sind in diese Amnestie solche Personen, die sich eines Anschlages auf das Leben der Besatzungstruppen schuldig gemacht haben.

## Die Alldentschen im Ausland

Nach der „Frankfurter Zeitung“ habe in der deutschen Kolonie Mexiko anlässlich einer Abstimmung über die neue deutsche Flagge von 2000 Abstimmenden ganze Mann dafür gestimmt. — In Yagota, der Hauptstadt Kolumbiens, mußte sogar die deutsche Gesandtschaft die einheimische Polizei zum Schutze der deutschen Flagge gegen Anschläge der deutschen Kolonie anrufen. In Mexiko kam es zu ähnlichen Zwischenfällen.

Man sieht, die alldentsche Spezies bleibt sich überall treu, wenn es gefährlich wird — siehe „Kreuzzeitung“ im November 1918 — frech, wenn sie weit ab vom Schusse ist.

## Die Befehung der Ruhrhäfen

Zu unserer Notiz in der Donnerstag-Nummer ist nachzutragen, daß die Unabhängigen Abgeordneten Rheinlands es abgelehnt haben, das Protest-Telegramm an die Konferenz in Genua zu unterzeichnen.

## Preussischer Landtag

Sitzung vom 18. Mai 1922

Die Beratung über den Bergetat wird fortgesetzt. Abg. Ross (SPD.): Gegen die Betriebsräte gehen die Jechenberger systematisch vor. Geheime und Regierungsräte werden durch sie geschächt.

Abg. v. Waldhausen (Dn.): Die Streiks müssen unterbleiben, sie schädigen das deutsche Volk. Die Rüstindustrie geht flott, das Geschäft blüht.

Abg. Dufmann (SPD.): Die Scharfmacherrede des Abg. Pinnerneil (D.B.) ist nicht geeignet, die Kooperation zu fördern. Wir lassen die Arbeiter nicht beschimpfen.

Abg. Otter (USP.):

Der Abg. Pinnerneil trat lebhaft für die Einführung der Ueberlichten im Bergbau ein. Ich stelle an die Herren Vertreter des Kapitals die Frage, ob sie in den Landtagsserien bereit sind, als Bergarbeiter tätig zu sein, da sie ja den Bergarbeitern die Schicht verlängern wollen. Ich bin bereit, die Herren Abg. Dr. Pinnerneil, v. Waldhausen, Martin und Seidel in den Landtagsserien als Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau anzuklernen. Wenn diese Scharfmacher sich für die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau einsetzen, haben sie mit quidem Beispiel voranzugehen. Nur dadurch werden sie die Kohlenproduktion steigern und das Vaterland retten lassen. (Die Abgg. Pinnerneil, v. Waldhausen und Martin erheben durch Zurufe Widerspruch gegen eine derartige Zustimmung!) Die Vertreter des Grundkapitals lehnen die Grubenarbeit auch nur in den Ferien ab, den Bergarbeitern müssen sie jedoch die Ueberlichten zu! Die Beschimpfung der Betriebsräte, wie es Dr. Pinnerneil getan hat, ist die neue Taktik, die die „Liga zur Bekämpfung der Betriebsräte“ eingeschlagen hat.

Den 1. Mai werden die Arbeiter nach wie vor festlich begangen trotz des Unternehmerrrors. In diesem Tage werden die noch nicht aufgestellten Arbeiter nachrufen und sie gegen das Ausbeutertum in die Kampfesreihen der Proletarier einleiten. Das Unternehmertum will keinen Streik, aber es sperrt in Süddeutschland 40 000 Metallarbeiter aus! Dieser Heuschrecke muß das Handwerk bald gelegt werden. Zum Dank für das Wohlfrühministerium sprach Frau Gae (SPD.) Nach unbeträchtlichen Bemerkungen von Dr. Duosthassam (Dn.) und Wiedemann (D.B.) wurde die weitere Besprechung vertagt.

# Die Unabhängigen und die Sozialgesetze

Deutscher Reichstag, Donnerstag, den 18. Mai

# Haushaltsdebatte im Rathhaus

Die Rechtssozialisten decken die Bajonett-Attade der Schupo!

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde zuerst ein Antrag auf Dringlichkeit angetragen, der von dem Magistrat für die Eierbeiratswahlen abgelehnt und umschlägt bereitgestellt werden, damit das Wahlergebnis gewahrt bleibt.

Alsdann wurde in die erste Lesung des Haushaltsplanes eingetreten.

Stadtm. Krüger (SPD.) verlangte in seiner Rede, die er mit Angriffen auf unsere Partei spickte, unter Schonung der Bürgerlichen, daß die Rentabilität der städtischen Betriebe nicht auf Kosten der Armen und städtischen Arbeiter angestrebt werde. Die Betriebsräte mühten nach sachlichen Gesichtspunkten, nicht nach politischen aufzugesetzt werden. Ohne zwingenden Grund dürften die städtischen Betriebe nicht zum Streik greifen. Die Beamtenpolitik des Magistrats könne nicht unbedingt aufgegeben werden. Bei vielen höheren Beamten der städtischen Güter sei Unfähigkeit und Unwilligkeit vorherrschend. Mit einem Besen müsse zwischen diese Gesellschaften gefahren und die Schädlinge mühten ihres Postens enthoben werden. Der Redner erklärte weiter, daß seine Partei bereit sei, die städtischen Betriebe in städtische Gesellschaften umzuwandeln.

Genosse Reimann:

Sparjamkeit ist gut; aber Sparjamkeit nach dem Programm des Kämmerers ist eine falsche Sparjamkeit. Wir bedauern im Interesse der Volksgesundheit die eingeschränkte Reinigung der öffentlichen Gebäude und ganz besonders der Schulen. Auch die eingeschränkte Straßensanierung ist keine rühmliche Sparjamkeit, und das um so weniger, als diese Einschränkung sich fast ausschließlich auf die von den Arbeitern bewohnten Stadtteile erstreckt. Ganz besonders schlecht werden in diesen Stadtteilen auch die öffentlichen Anlagen und Plätze instand gehalten. Das Sparprogramm ist in Wirklichkeit kein Sparprogramm, sondern es wird sicher neue Ausgaben zeitigen.

Die Zustände in einzelnen Volksschulen sind himmelstreichend. Die Lehrmittel sind in einem außerordentlich schlechten Zustand. Geradezu unglücklich ist die Tatsache, daß in keiner einzigen Schule eine neue Karte Deutschlands vorhanden ist.

Genau wie die SPD. lehnen wir die Beamtenpolitik des Magistrats ab und freuen uns darüber, daß die Rechtssozialisten nicht alle früheren Forderungen vergessen haben. Nachdem Genosse Reimann die Wahlpropaganda der Bürgerlichen Mehrheit ins richtige Licht gerückt hatte, befaßte er sich eingehend mit der

Lohnpolitik des Magistrats

und führte u. a. dazu aus: An der Unrentabilität der städtischen Werke sind nicht die städtischen Arbeiter schuld. Eine Vermeidung der Lohnfragen mit den Tarifen für die Werke werden wir stets ablehnen. Eine solche Politik, die ganz verweigert einer Politik der Erpressung gleich, können wir unter keinen Umständen mitmachen. Daß wir das nicht können, mühten wenigstens die Rechtssozialisten einsehen. Diese finden wohl scharfe Worte gegen uns, sie gehen aber mit der Deutschen Volkspartei, vielleicht auch bald mit den Deutschnationalen Arm in Arm durch die und dünne. Sie unterstützen die Politik des Oberbürgermeisters um jeden Preis, auch dann, wenn der Arbeiterbevölkerung Berlins dadurch neue Belastungen erwachsen.

Die Haltung des Oberbürgermeisters, die er der „Technischen Rothhilfe“ gegen übereinimmt, liegt keinesfalls im Interesse der Stadtgemeinde. Anstatt einer solchen Schammascherepolitik mühten die Arbeiter gegenüber eine Politik der Verständigung eingeschlagen werden. Die städtischen Arbeiter müssen mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Politik des Oberbürgermeisters in dieser Frage lehnen wir ab.

Die Tumulte in den letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bedauern auch wir, ohne jedoch in den Fehler zu verfallen, die Schuld an ihnen einer einzelnen Partei in die Schuhe zu schieben. Besonders von der Rechten ist zu verlangen, daß sie sich mehr Mäßigkeit auferlege.

Die Kommunalpolitik der Kommunisten, eine reine Negationspolitik, weil sie keine theoretische Grundlage ihrer Kommunalpolitik verfügen, mühten wir ebenfalls ablehnen. Sie ist nichts anderes als Agitationspolitik.

Auch in Zukunft werden wir die Interessen der ärmeren Bevölkerung mit allem Nachdruck vertreten und uns mit allen Mitteln gegen die Politik der Bürgerlichen wehren, der nur das Bestreben innewohnt, die Schultern der Arbeitnehmer zugunsten der Besten immer mehr zu belasten mit Hilfe der Rechtssozialisten. Neue Belastungen der arbeitenden Bevölkerung zur Beseitigung des Defizits im Haushalte lehnen wir ab, weil unserer Ansicht nach, zu der sich bereits auch der Kämmerer bekennt, das Reich mit größeren Zuschüssen aufwarten muß.

Meine Fraktion wird im Ausschuss ihre Anträge stellen. An den Ergebnissen der Ausschussberatung werden wir unsere endgültige Stellungnahme zum Etat abhängig machen. In der festen Überzeugung, daß wie bisher, die arbeitende Bevölkerung Berlins unsere Stellungnahme verurteilen und gutheißen wird. (Lebhafte Beifall links.)

Stadtvord. Fabian (Dn. Bpt.) wandte sich gegen die egoistischen städtischen Arbeiter, forderte Personalbeschränkung in den Krankenhäusern, Maßnahmen gegen die Ueberflutung Berlins durch Ausländer und unbedingte Erhaltung des deutschen Geistes und des christlichen Charakters der Volksschulen.

Nach Unterbrechung der Aussprache um 7 Uhr wurde einstimmig ein Antrag auf Dringlichkeit angetragen, der vom Magistrat energische Schritte fordert gegen die Waldverwüstungen in Tegel, Hermannsdorf und Heiligensee, durch die angeblich „gemeinnützige“ Siedlungsgesellschaft Niederbarnim.

Der Antrag unserer Fraktion, der Aufhebung des Schieferlassens des angeblichen Sozialisten keine fordert und entsprechende Schritte des Magistrats verlangt, wurde von Bürgerlichen und Rechtssozialisten abgelehnt!

Dieselbe Mehrheit lehnte die Forderung einer kommunalen Polizei ab.

Ein Antrag, der sich gegen die „Technische Rothhilfe“ wendet, fand Ablehnung durch die bürgerliche Mehrheit.

Die große Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Rechtssozialisten brachte auch den Antrag der SPD. auf Hastenlassung des Stadtrats Orlewicz zu Fall. Die Rechtssozialisten funktionierten ferner im Bunde mit den Bürgerlichen ausdrücklich den Bajonettangriff der Schupo, die Haltung der reaktionären Offiziere, indem sie unseren Antrag, der sich gegen die Bräutlichkeiten wendet, niederstimmten.

Die bürgerliche Mehrheit stimmte dann dem Antrage der Deutschnationalen zu, der von dem Magistrat eine geordnete Tätigkeit der städtischen Werke fordert. Die Maßregelungsanträge der Deutschnationalen wurden abgelehnt. Sodann wurde in die Weiterberatung des Haushaltsplans eingetreten, zu der sämtliche Fraktionen Redner stellten.

Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.

In der Spezialberatung begründet Abg. Schred (SPD.) eine Entschließung der Sozialdemokraten und Unabhängigen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über ausreichenden Jugend- und Lehrlingslohn. Diese Entschließung fordert: Jugendliche und Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen wochentäglich nicht länger als sechs Stunden arbeiten. Die Ueberschreitung des Achtstundentages ist für Jugendliche über 16 Jahre verboten. Die Pflichtschulzeit wird auf die gesetzliche Arbeitszeit angerechnet. Gewährung von freiem Sonnabendnachmittag und zusammenhängenden Ferien, Verbot der Nachtarbeit, Verbot von Kinderarbeit unter vierzehn Jahren, Aufhebung der „väterlichen Zucht“ des Lehrherrn.

Abg. Wiener (Dn.) wendet sich gegen den „Jugendfang“, den die sozialistischen Parteien mit diesem Gesetzentwurf treiben wollen.

Abg. Frau Warm (USP.):

Der Vorredner, der gemeint hat, unser Antrag wolle nicht den Jugendlohn, sondern den Jugendfang, ist ein Mitglied derjenigen Partei, die seit Jahrzehnten den Jugendfang in teils mäßig betreibt unter der Flagge Schwarz-weiß-rot! Er hat unseren Antrag, der nur die Durchführung von gesetzlich festgelegten Arbeiterrechten fordert, „unannehmbar“ genannt. Wenn an allen Orten

Berufsschulen

eingerrichtet werden, dann wird endlich der Lehrlingshändler Einhalt getan sein. Die Garantie für sachliche Ausbildung ist durch die Berufsschule viel besser gegeben als durch die Lehrherren. Wer der Jugend helfen will, muß bedenken, wie die Unterernährung während des Krieges unsere Jugend geschädigt hat. Weil die Jugend schonungsbedürftiger ist als früher, erheben wir die Mindestforderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit für die noch nicht 16-Jährigen auf 8 Stunden und die Durchführung des Achtstundentages für die Jugendlichen über 16 Jahre.

Wir fordern eine bessere Ausbildung der weiblichen Jugend, aber nicht nach mittelalterlichen Recepten. Lehren Sie in den Schulen die Chemie der Küche; damit könnten Sie etwas für die Ausbildung der weiblichen Jugend tun. Die Ferienzeit von drei Wochen ist das Mindeste, was die Jugendlichen brauchen, um Erholung in der Natur zu finden.

Die Lehrlingshändlererei

nimmt überhand. Die Zahl der Lehrlinge, hauptsächlich bei den Schuhmachern, ist fast doppelt so groß wie die der Gehilfen. Wenn die Jugend zahllos geworden ist — und das bekreuzen wir —, dann ist sie es geworden durch die Rentabilität, die von der Deutschnationalen Partei bis heute bezweckt wird und die heißt: Gewalt! Gewalt! und nochmals Gewalt! (Lebhafte Bravo links.)

Reichsarbeitsminister Brauns: Der Abg. Karsten steht im Arbeitsministerium nicht das Arbeitnehmerministerium, sondern das Arbeitgeberministerium. Ich gebe zu, ich sehe in dem Unternehmertum einen wichtigen Faktor unserer Wirtschaft. Für seine Behauptungen war der Hinweis auf die Schlichtungsordnung der einzige Beweis. Durch diese Schlichtungsordnung soll jedoch nicht das Streikrecht der Arbeitnehmer beschnitten, sondern nur den wilden Streiks vorgebeugt werden, in welchem Bestreben wir ja mit den Gewerkschaften konform gehen. — Das Arbeitsministerium deckt sich nicht mit den im Arbeitsrechts-Ausschuss ausgearbeiteten Entwürfen. Dieser im Arbeitsministerium bearbeitete Entwurf ist noch vom Ministerium Zehrepbach eingeholt worden. Ich bin wohl bereit, die wirklichen Gewerkschaften paritätisch zu behandeln, aber die deutsch-nationale Gewerkschaft stellt tatsächlich keine Gewerkschaft dar. Der Name tut es nicht, es tut die Sache. (Entscheidung rechts. Zurufe: Koalitionszwang!) Ueber die Frage des Koalitionszwanges will ich mich heute nicht prinzipiell äußern. Nur ein Wort: Wenn die Organisation als solche tatsächlich etwas Gutes ist, dann ist auch ein Zwang zur Koalition nicht unter allen Umständen verwerflich. (Widerspruch rechts.)

In der

Abstimmung

wird der von den Unabhängigen und Sozialdemokraten gestellte Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Es folgt der Titel:

Hilfsleistungen.

Abg. Karsten (USP.):

Ich habe gestern hier Kritik geübt, nicht um unter allen Umständen zu kritisieren, sondern um die Frage der Sozialgesetzgebung zu kennzeichnen. Das Versicherungsprinzip ist bereits überlebt, es ist schon gar nicht mehr da. Wir wollen es wieder gesund machen. Es ist schon ein Schritt zu dieser Gesundung, wenn alle sozialen Hilfsleistungen einheitlich zusammengefaßt werden. Es können von heute auf morgen keine großen umwälzenden Reformen durchgeführt werden. Aber der Gedanke der sozialen Fürsorge muß energisch gefördert werden. Man nimmt diese Frage viel zu leicht. Man läßt den Karren laufen, wie er will. Solange das Arbeitsministerium nicht wilsens ist, in großzügiger Weise an die Lösung der sozialen Frage heranzugehen, werden wir uns bemühen müssen, das abzuändern, was wir heute an sozialer Gesetzgebung haben, um zu verhindern, daß durch gesetzliche Verplünderungen Mittel vergeudet werden. Wir fordern nicht, wie die Sozialdemokraten, eine Herabsetzung der Säge aus der Unfall- und Invalidenversicherung „spätestens bis zum Herbst“, sondern wir verlangen, daß

nach vor der Sommerernte

des Reichstags den Unfall- und Invalidenversicherern eine Erhöhung der Unterstützungssätze gegeben wird. Die soziale Hilfsleistungen können nicht auskommen mit den paar Mark, die man ihnen gibt. Wie sollen sie den Sommer überleben, von dem wir wissen, daß er eine weitere Steigerung der Preise für Kartoffeln, Getreide und alle anderen Lebensmittel bringen wird? Wir wollen den Hungernden bald ihr Los verbessern. Die heutige Sozialversicherung bearbeitet nur ganz enge und begrenzte Gebiete. Wir verlangen, daß die Grenze der Säge nach unten und oben überhaupt besetzt wird. Das Beitragsverfahren in der Sozialversicherung kann beibehalten werden, es muß aber verändert werden. Man kann eine soziale Steuer einführen, es muß sich ein Weg finden, auf der einen Seite Einnahmen zu schaffen, auf der anderen Seite den Unfallschaden, den sozial Hilfsbedürftigen, das zu geben, was sie unbedingt zum Leben brauchen. Die soziale Hilfsleistung darf nicht schon wieder von der Entwidlung überholt sein, wenn sie in Kraft tritt. (Lebh. Beifall bei den US.)

Abg. Rosemann (USP.):

führt zu dem mit dem Etat verbundenen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in den Steinkohlenberg-

werken aus: Die Regierung muß ein großes Vertrauen in die Dummheit der Bergarbeiter setzen. Wenn sie glaubt, daß sie die Bergarbeiter geneigt machen könne, ein solches Gesetz anzunehmen. Für unsere Bergarbeiter ist dieses Gesetz völlig unannehmbar. Durch Leistung von Ueberleistungen haben nicht die Bergarbeiter, sondern nur die kapitalistischen Kreise den Nutzen. Die Bergarbeiter fordern, daß die Sichten für alle in den Steinkohlenwerken Beschäftigten gleich werden. Wie steht es mit der Behauptung des Ministeriums aus, daß dieses Gesetz die siebenstündige Arbeitszeit im Steinkohlenbau festlegen soll? Wir haben die siebenstündige Arbeitszeit ja gar nicht! In Oberschlesien werden 7½ Stunden, im Rachen Revier 8 Stunden gearbeitet. Wenn Ueberleistungen und Ueberstunden geleistet werden, so muß auch eine entsprechende Ueberbezahlung eintreten. Und das ist noch nie geschehen. Wir fordern, daß nicht ein besonderes Arbeitszeitgesetz für die Bergarbeiter geschaffen wird, sondern daß dem Reichstag bald ein Gesetz über die Arbeitszeit für alle gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt wird. Wenn man sich fragt, welche Gründe maßgebend sind, warum nicht ein einheitliches Arbeitszeitgesetz, sondern

neun Sondergesetze

erlassen werden, so muß man doch sagen, daß die Auseinandersetzung nur stattfinden soll, um die Arbeiter auseinanderzureißen, damit es ihnen unmöglich gemacht wird, geschlossen in den Kampf zu treten, wenn der Versuch gemacht wird, ihre Arbeitszeit zu verlängern. Wenn die Sozialdemokraten nach dem Grundsatze „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig“ handeln wollen, dann müssen sie auch das Sonderarbeitszeitgesetz für die Bergarbeiter ablehnen. Wenn meine Fraktion dieses Gesetz ablehnt und sich der Ueberweisung an einen Ausschuss entgegenstellt, so handelt sie nur im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Meine Partei kommt nur den Forderungen aller Bergarbeiter nach, wenn sie das Gesetz ablehnt und die Regierung anfordert, so bald wie möglich ein allgemeines Arbeitszeitgesetz für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten dem Reichstag vorzulegen. (Lebh. Beifall bei der USP.)

Abg. Simon-Franken (USP.):

Wenn schon neue Tarifverträge zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern abgeschlossen werden, ist noch nicht die Verbindlichkeitsklärung des vorigen Tarifvertrags eingelaufen! Eine solche Rückfrage mühte völlig überflüssig sein, wenn sämtliche Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eines Gewerbezweiges einen solchen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Und wenn sie schon gemacht wird, dann dürfte sie nicht bei jedem Nachtrag wiederholt werden. Die Folge dieser bürokratischen, schleppenden Art ist, daß ein Teil der Unternehmer, die keiner Organisation angeschlossen sind, sich weigert, die Verpflichtungen des Tarifvertrages zu erfüllen. Die Arbeiter müssen Klage erheben, und wenn sie dann wirklich die Löhne ausgezahlt erhalten, ist der Wert der Mark erheblich gesunken, und sie sind geschädigt. Ich ersuche das Arbeitsministerium dringend, daß diese vorliegenden Hindernisse unterbleiben. (Bravo bei den USP.)

Frau Abg. Biegler (US.):

Die Hausangestellten sind heute eine Kategorie im Verre der Arbeiter, an die wohl große Ansprüche gestellt werden, die aber absolut noch keinen Schutz und noch viel weniger ein gesetzliches Recht haben. Wir haben schon im Jahre 1920 den Antrag gestellt, ein einheitliches Recht für die Hausangestellten zu schaffen. Es ist jedoch noch kein Entwurf dem Reichstage zugegangen. Die Regierung hat wohl dem Reichswirtschaftsrat ein Gesetz vorgelegt, die Hausangestellten aber und die Varietäten, die es mit dem Schutz der Arbeiter ernst und heilig meinen, können kein Vertrauen haben zu dem Entwurf der Regierung. Wer selbst tätig war als Hausangestellte, wer sich als Arbeitsflave hat ausbeuten lassen müssen, der kann es beurteilen, daß die Anschauungen der Besten sich noch nicht im geringsten geändert haben.

Die Bürgerlichen haben es im Reichswirtschaftsrat abgelehnt, den Hausangestellten die eifständige Arbeitsruhe zu bewilligen. Das heißt also, daß die Hausangestellten noch während der Nacht dienstbereit sein müssen! Die Regierung ist allerdings leicht bereit, den Hausangestellten Pflichten aufzuerlegen, wie z. B. den zehnprozentigen Lohnabzug. Wir fordern noch einmal, wie schon 1920, ein Gesetz zum Schutz der Hausangestellten. (Bravo! bei den US.)

Nach längerer Debatte stellt der Abg. Höllein (SPD) um 8 Uhr einen Antrag auf Schluß der Debatte. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Abg. Dettinshaus (USP.):

Wir freuen uns, daß unsere Auffassung über die gelben Gewerkschaften mit der der rechten Seite dieses Hauses nicht übereinstimmt. Wäre es anders, hände es traurig um unsere Arbeiterorganisationen. Das ist die Gewerkschaften in diesem Kampfe mit dem Unternehmertum langsam erlungen haben, nehmen auch die Gelben wie selbstverständlich für sich in Anspruch.

In bezug auf den

süddeutschen Metallarbeiterkampf

möchte ich nur sagen, daß, wenn die Rechte jetzt ein so großer Anhänger und Vorläufer des Achtstundentages ist, sie es nur ist, weil er verkürzt werden soll. Wo er durch Ueberstunden und Ueberleistungen überschritten wird, wo zehn und zwölf Stunden gearbeitet wird, da werden Sie nicht konsequente Vertreter des Achtstundentages sein. Die 48stündige Arbeitszeit ist das Maximum. Ganz nebenbei ist ja der Arbeiter auch noch Mensch. Er muß auch noch am Tag etwas Zeit haben, sich als Mensch zu betätigen. In Süddeutschland ist die 48-Stundenwoche auf Vereinbarung der Arbeiter und ihrer Parteigenossen (nach rechts) entstanden. Das zu sagen, bitten Sie sich allerdings. Es ist eine brutale Nachtprobe

die in Süddeutschland von Ihrer Seite hervorgerufen worden ist, ein Nachkampf zwischen den Organisationen, ein Nachkampf zwischen den Weltanschauungen. Im Gegensatz zu dem hier von dem Zentrum abgeordneten gemachten Ausführungen betone ich, daß die Dirsch-Dunderschen Arbeiter und die christlichen Schuster an Schuster mit den freien Gewerkschaften in Süddeutschland kämpfen, nicht um Lohn-erhöhung, sondern gegen die Herbeiführung der 48-Stunden-Woche, gegen das Diktat der Unternehmer. Wir begrüßen es, wenn die Zentrumsabgeordneten sich hier gegen die 48-Stundenwoche äußern, denn durch diese Arbeit werden die christlichen und Dirsch-Dunderschen Arbeiter schneller zur Erkenntnis kommen, wo die wahren Vertreter ihrer Interessen liegen.

Nach kurzer Debatte ist die Beratung über den Titel Arbeitsrecht erledigt. Der Reichstag verlegt sich auf Freitag, 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Arbeitsministerium, Ernährungsministerium. Schluß 1/10 Uhr.



# Groß-Berlin

## „Auch“wanderer

Einer der genußreichsten, gesündesten und schönsten Sports ist zweifellos der Wandersport. Daß unsere Jugend in immer härterem Maße sich ausschließlich dem Wandersport zuwendet, kann nicht genug beachtet und gefördert werden. Es gilt aber eine scharfe Trennungslinie zu ziehen zwischen naturfreundlichen und Erholungs suchenden Wanderern und jener Sorte von Wanderern, die in Larnevalsmäßiger Aufmachung, eingepupert wie Clowns oder Cowboys mit einem großen Messer an der Seite in Gemeinschaft mit jungen Mädchen die Wälder in näherer oder weiterer Umgebung Berlins unsicher machen. Wenn wir schreiben „unsicher“ machen, so ist das keinesfalls zu viel gesagt, denn das Treiben dieser „Wilden“ wächt sich nachgerade zu einem Skandal aus und wird die Behörden zu Maßnahmen verleiten, unter denen auch die Wanderer zu leiden haben werden, die mit dieser radsau- und händelklingigen Gesellschaft keinesfalls zu identifizieren sind. Diese Burigen — meistens leider Proletkinder — vergällen durch ihr fleißiges, freches Benehmen, durch ihren Vandalismus in der Natur, durch ihr Geschrei, durch ihre jedem Schamgefühl hohnsprechende absichtlich laut geführten Unterhaltungen jedem echten Wanderer die Freude an der Natur, bei vielen das einzige Vergnügen. Jedes Tier muß aquat, jeder Ameisenhaufen oder jedes Vogelnest muß vernichtet, jeder vorüberkommende Wanderer von dieser frühreifen und frühverdorbenen Sippe verhöhnt werden.

Sache aller Arbeiterkisten und Pflicht aller wahren Wanderer ist es, in aller Schärfe diesem Unwesen entgegenzutreten. Der Gesellschaft stillschweigend aus dem Wege gehen, steigert nur ihre Rüpelfähigkeiten. Eltern macht darüber, mit wem und in welcher Gesellschaft eure Jungens und Mädels wandern. In der Jugendorganisation und bei den Arbeiter-Wandervereinen („Naturfreunde“) sind eure Kinder gut aufgehoben, aber bei den wilden Gruppen droht größte Gefahr!

In den Bergen Deutsch-Österreichs machte sich genau dasselbe Unwesen breit, deswegen wurde zur Abwehr unter Beteiligung sämtlicher ernstlicher Wandervereine ein sogenannter „Verbotshub“ geschaffen. Eine Anzahl Mitglieder jedes Vereins gehören diesem Verbotshub an, tragen ein besonderes Abzeichen, sind mit gewissen amtlichen Vollmachten ausgestattet und wachen darüber, daß die Wälder nicht verunstaltet und gefährdet werden. Die Einrichtung eines solchen „Verbotshubs“ in unserem bürokratischen Deutschland ist kaum zu erwarten, zu erwarten ist aber, daß durch diese „Wilden“ Wanderer von der Behörde eine enge Maßnahme getroffen werden. Das Wandern wollen wir uns aber nicht paragrabieren lassen, sondern es muß heißen: „Naturfreunde und Wanderer aller Nationen vor die Front gegen diese „Wilden“. Auf zur nachhaltigen Selbsthilfe!“

Wir halten es für notwendig, daß die Wander- und Wandervereine nach gemeinsam aufgestellten Grundsätzen gegen diese Sippe vorgehen und ihr das Handwerk legen, bevor es zu spät ist!

## Der Segen der freien Wirtschaft

Die Milch- und Butterproduzenten sorgen in hervorragender Weise dafür, daß ihre Produkte immer mehr zu Luxusartikeln werden. Auf Kosten der Bevölkerung verschaffen sich diese modernen Handwerker immer größere Gewinne. An den neuen unerhörten Preisschneidungen für Butter (zu das tüble Frühjahr schuldig denn das Vieh läßt nicht auf die Weide getrieben werden. Erst in einigen Wochen könne eine Weiserung eintreten. Diese lächerliche Argumentation zieht nicht mehr, denn zu diesem Zeitpunkt werden die nimmermüden Paratier und Händler neue Gründe für neue Steigerungen ins Feld führen. Dem Reichsernährungsminister ist ein Seitenhieb darüber ausgegangen, daß es so nicht weitergehen kann, er muß mit den Landwirten, den Vertretern des Handels und der Preisprüfungsstellen die rapide Preisentwicklung „er-

stern“! Wir sind außerordentlich gespannt auf das Resultat dieser Erörterungen, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu erhoffen. Mit Halsabschneidern und Blutausgüssen bringen „Erörterungen“ gar nichts ein.

Die mit Vaterlandsliebe bis zum Blasen vollaesogenen Agrarier weigern sich, die planmäßig festgesetzten Getreidemengen abzuliefern mit dem Hinweis, daß erst eine zentrale Versorgung der Minderbemittelten durchgeführt werden müsse. Wie sich die Klischenébarone dies denken, bleibt ihr Geheimnis. Minderbemittelte sind fast alle Arbeitnehmer. Sie wissen wohl besondere Prüfungsbüros in den Städten, die amtlich feststellen sollen, wer Markenbrot beziehen kann und wer nicht. Daß durch die Schaffung solcher Büros das billige und minderwertige Markenmehl in ungeheurer Weise noch mehr verteuert wurde, ist den Herrschaften genau so gut wie uns bekannt. Sie wollen aber immer verdienen und nebenbei noch so tun, als ob sie für die minderbemittelte Bevölkerung ein warmes Herz hätten. Wundern muß es uns, daß sich die Geschäftsstelle des Deutschen Städtebundes in einem allen Zeitungen angehängten Artikel, ernsthaft mit dieser heuchlerischen Forderung der Landwirte befaßt und sie ablehnt, weil eben — undurchführbar.

Das Bürgertum und seine Helfershelfer sprengen die Zwangswirtschaft, saßellen damals vom Segen der freien Wirtschaft — und jetzt, da wir sie haben, brachten sie nur das, was wir voraussaßen: ungeheure Gewinne den Landwirten und Händlern und ungeahnte Verelendung den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung! — Ein herrlicher Segen!

## Proletarier-Eltern!

Agitiert und werbt für die sozialistische Einheitsliste bei den Elternbeiratswahlen am 28. d. Mts.

## Schredschüsse sind verboten

Die SS-Korrespondenz berichtet: Anlässlich eines Vorfalls während der Revolutionsnachten hat das Reichsgericht unlängst entschieden, daß die Polizeibeamten nicht zur Anwendung der Waffe befugt sind, um einen Fliehenden zwecks Stellung seiner Persönlichkeit zum Sichenbleiben zu veranlassen. Die Abgabe von Schredschüssen zu einem solchen Zweck sei also nicht erlaubt. Sie sei auch ein völlig ungeeignetes Mittel, denn zunächst muß der Fliehende annehmen, daß die hinter ihm abgefeuerten Schüsse bestimmt seien, ihn zu treffen, und sie können ihn daher veranlassen, seine Flucht zu beschleunigen. Dann aber bringe ein Schießen die Strafe entlang, auch wenn sie augenblicklich leer zu sein scheine, stets die Gefahr der Verletzung von Personen oder fremden Eigentums mit sich.

Neben dieser Entscheidung des Reichsgerichts besteht aber noch der faulose Schießersatz von Heine, demselben Heine, der vor dem Kriege so scharfe Worte fand gegen das Vorgehen der Polizei mit dem Säbel. Es gibt also keine Schredschüsse mehr laut Verbot des Reichsgerichts. Nach dem Heineischen Schießersatz sind aber die Polizisten angehalten, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zum Schießen zu greifen. Sie werden also weniger Köcher in die Luft schießen als bisher, „wegen Nichtigkeits“ noch mehr flüchtige Personen auf der Flucht erschließen.

Dafür leben wir auch in dem Zeitalter der Menschlichkeit und Humanität. Dazu noch in der freiesten aller Republiken!

Wichtig für Siedlungsgesellschaften. Das Siedlungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Bei den staatlichen Behörden (Ober-Präsidenten, Wohlfahrtsministerium u. a.) gehen täglich Anträge von Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften sowie Einzelantragstellern auf Gewährung eines Bauförderzuschusses ein. Da sämtliche Anträge, gleichviel, an welche Behörde sie gerichtet werden, stets dem Siedlungsamt der Stadt Berlin erst zur Vorprüfung vorgelegt werden müssen, liegt es im Interesse der Antragsteller, zwecks Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens ihrer Anträge stets an das Siedlungsamt der Stadt Berlin, Neue Friedrichstr. 80, 3. Et., direkt zu richten.

## Die Elternbeiratswahlen

20. Distrikt, Freitag, den 26. 5., abends 7 Uhr. Schulaula, Pantenfelstr. 7. Große öffentliche Versammlung. Thema: Elternbeiratswahlen und das Proletariat.

1. Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Am Sonnabend, den 20. Mai, abends 7 Uhr, in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16-17, Zusammenkunft aller Elternbeiratskandidaten der drei sozialistischen Parteien. Jede Schule muß unbedingt vertreten sein. Materialausgabe erfolgt beim Obmann A. Blankenstein, Schillingstraße 18.

1. Distrikt, 1. Abteilung. Eltern schulpflichtiger Kinder der 24. Gemeindegemeinde, Freitag, 19. Mai, abends 7 Uhr, Elternversammlung dortselbst in der Kula.

Bezirk Tiergarten, Freitag, den 19. Mai, in der Schulaula, Derflingerstraße 18a, öffentliche Elternversammlung. Referent: Studentrat Gass.

III. Verwaltungsbezirk, 7. 8. 9. und 10. Distrikt, Dienstag, den 23. Mai, öffentliche Elternversammlungen in den Schulaulen: Gothenburger Straße 24 (Rote Schule), Baitstraße 16, Müller-Edel-Triftstraße: Mittwoch, den 24. Mai, Schulaula Müllerstraße 48.

Freitag, 7 1/2 Uhr, 157. Gemeindegemeinde, Derflingerstraße 18a, öffentliche Elternversammlung. „Die Elternbeiratswahlen am 28. Mai und warum fordern wir die Einheits- und Arbeitsschule“. Referent: Direktor Goh. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Städt. Sonntag Sitzung sämtlicher Vertrauensleute der Schulen und aller Elternbeiratskandidaten der Tegel, Albrecht, Ecke Ringstr., 10 Uhr vorm. Da sehr wichtige Tagesordnung, müssen alle Kandidaten erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

20. Distrikt, Freitag, 7 1/2 Uhr, Elternversammlung Schulaula Görlitzer Straße 51.

Die neue Erwerbslosenfürsorge. Die Erwerbslosenfürsorge wird jetzt grundsätzlich von der Gemeinde des Wohnorts zur Zeit des Eintritts der Unterhaltungsbedürftigkeit gewährt. Die Gemeinden, in denen die Höchstgröße der Ortsklasse A oder B gelten, sind jedoch ermächtigt, die Fürsorge für Erwerbslose, die weniger als sechs Wochen in der Gemeinde wohnen, in ähnlicher Weise zu beschränken, wie es bisher Personen gegenüber möglich war, die nicht am 1. August 1914 in der Gemeinde gewohnt hatten. Wie früher, so gilt auch jetzt die Beschränkung nicht für Erwerbslose, die mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Haushalt führen. Dies gilt aber nicht für Auzuarbeiter. Die Höchstgröße der Unterstützung wie die der Familienzuschläge werden jetzt durch den Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzt. Bei der Berechnung der Unterstützungsdauer, die auf 26 Wochen beschränkt ist, werden nicht mehr alle Unterhaltungen in Betracht gezogen, die seit dem 1. Oktober 1919 gewährt worden sind, sondern nur noch die aus den letzten zwei Jahren.

Der eigene Sohn als Einbrecher. In der vergangenen Nacht drang ein Einbrecher in die Wohnung eines Kunstmalers H. ein. Als er festgenommen werden sollte, kurzte er sich auf einen der Beamten und würgte ihn am Hals. Dieser machte von seinem Zeitengewehr Gebrauch und verlesete dem Angreifer einen Schlag über den Kopf. Er wurde nach der Wache geführt, wo sich herausstellte, daß er der 19jährige Sohn des H. ist. Dieser verwahrloste Bursche war schon mehrere Male von seinem Vater abgewiesen worden und hatte sich in der vergangenen Nacht in die väterliche Wohnung eingeschlichen.

Lebensmüde. Die 65 Jahre alte Frau Amalie Wehler wurde in ihrer Wohnung besinnungslos aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft. Der Schaud des Gaslochers war abgeprungen, so daß Gas auströmte und die Frau betäubt hatte. — Die 26 Jahre alte Frau Hedwig N. hat sich gestern nachmittags in ihrer Wohnung in Reinickendorf aus Eifer sucht mit Gas vergiftet. — Wegen unglücklicher Ehe vergiftete sich die Frau Beria R. in ihrer Wohnung mit Gas. Sie konnte gerettet werden und wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft.

## Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Wichtig autorisierte Übersetzung von August Scholl. Amerikanisches Copyright 1918 by Hupfien & Co., Berlin

(75. Fortsetzung.)

Peter Wassilitsch lächelt müde und erwidert darauf: „Gott allein kommt ohne Betrug aus. Unsererins aber lebt unter lauter Dummköpfen — wenn man die nicht betrügen soll, was hat man dann von ihnen?“

„Nicht alle Bauern sind dumm“, versetzt der Kommis mit Eifer — „auch die Kaufleute stammen doch von Bauern ab!“

„Wir reden nicht von Kaufleuten, sondern von Dummköpfen, die dazu da sind, um von pfiffigen Leuten hochgenommen zu werden. Der Dummkopf ist ein frommes Schaf, sein Hirn, das ruht in tiefem Schlaf.“

Es ist ihm nicht beizukommen, entweder kennt er keinen Kerger, oder er weiß ihn ganz tief in sich zu verbergen. Zuweilen bindet er jedoch schon selbst durch kleine Redereien mit mir an. Er tritt an mich heran, lächelt in seinen Bart hinein und fragt:

„Wie heißt dein französischer Schriftsteller — Bonos?“

Ich ärgere mich über die Verdrehung des Namens, zeige es jedoch nicht und antworte:

„Bonson du Terrail.“

„Was hat er erreicht?“

„Reichen Sie keine dummen Witze, Sie sind doch kein alberner Junge.“

„Das stimmt. Was liest du denn da?“

„Den Jessem Esirin.“

„Wer schreibt besser, deine bürgerlichen Schriftsteller oder dieser da?“

Ich schweige.

„Vorüber schreiben denn die bürgerlichen Schriftsteller?“ fragt er weiter.

„Ueber alles, was im Leben vorkommt.“

„Also auch über Hunde und Pferde, und was bei denen vorkommt?“

Der Kommis lacht aus vollem Halse, und ich bin müde. Ich will sie allein lassen und wende mich der Tür zu, doch der Kommis ruft mich zurück. Der Alte setzt seine Späße mit mir fort:

„Hör' mal, du Schriftgelehrter — löse mal folgende Aufgabe: Vor dir stehen tausend nackte Menschen, fünfhundert Männer und fünfhundert Weiber, und unter ihnen sind auch Adam und Eva. Wie wirst du die beiden herausfinden?“

Er fragt und bohrt eine ganze Weile, und endlich erklärt er triumphierend:

„Dummes Kerlchen — sie sind doch nicht geboren, sondern erschaffen, also haben sie keinen Nabel!“

Der Alte weiß zahllose „Aufgaben“ dieser Art zu stellen und kann einen damit totquälen.

In der ersten Zeit meiner kaufmännischen Tätigkeit hatte ich dem Kommis den Inhalt einiger von mir gelesenen Bücher erzählt, das sollte mir jetzt zum Bösen ausschlagen. Der Kommis erzählte dem Alten die Geschichten wieder, wobei er sie absichtlich entstellte und ihnen einen schmutzigen Sinn unterlegte. Der Alte unterstützte ihn durch allerhand schamlose Fragen, die er an mich richtete, und ihre flebrigen Zungen weit-eiferten darin, die Gestalten der Eugenie Grandet, Ludmillas, Heinrichs IV., die wir so teuer waren, mit schlüpfrigen Worten zu besudeln.

Ich begreife wohl, daß sie dies nicht in böser Absicht, sondern aus lauter Langerweile taten, doch konnte das die Sache für mich nicht bessern. Sie wählten in ihrem eigenen Schmutz wie die Schweine und grunzten vor Vergnügen, daß sie das Schöne, das sie nicht begriffen und lächerlich fanden, so verunglimpsen und in den Kot ziehen konnten.

Der ganze Kaufhof, alles, was in ihm hauste, Kaufleute und Handlungsdiener, führte ein seltsames Leben, in dem allerhand kindische und zumeist recht böshafte Unterhaltungen eine Rolle spielten. Fragte ein Bauer, der in der Stadt fremd war, wie er am schnellsten nach dieser oder jener Straße gelangen könne, so wurde ihm regelmäßig eine falsche Richtung angegeben. Das war so allgemein Brauch, daß es den Lügner gar keinen Spaß mehr machte. Sie fingen ein Paar Ratten, banden sie mit den Schwänzen aneinander und ließen sie so laufen. Mit Behagen sahen sie zu, wie die Tiere sich nach verschiedener Richtung rissen und aufeinander losbissen; zuweilen begossen sie sie noch mit Petroleum und zündeten dieses an. Oder sie banden einem Hunde einen alten Wechimer an den Schwanz

— der Hund lief in seinem Schrecken über das ratternde Gefäß wieselnd davon, und alles sah zu und lachte.

Noch viele andere Belustigungen dieser Art gab es. Es war, als ob alle Menschen, insbesondere die vom Lande, einzig darum auf der Welt wären, daß der Kaufhof sein Vergnügen habe. In den Beziehungen von Mensch zu Mensch trat stets und überall das Bestreben hervor, sich über den andern lustig zu machen, ihm Schmerz zuzufügen, ihn in Verlegenheit zu setzen. In den Büchern, die ich gelesen hatte, war von einem solchen Verhalten der Menschen zueinander nichts zu finden.

Eine im Kaufhof sehr beliebte Unterhaltung war mir ganz besonders zuwider: ich meine das Essen um die Wette oder auf Kommando. Unter unserem Laden befanden sich die Geschäftsräume eines Händlers mit Wollwaren und Filzstiefeln, und der Kommis, der dort angestellt war, setzte durch seine Niesenleistungen auf dem Gebiete der Speisenverteilung den ganzen Rishnij-Basar geradezu in Erstaunen. Sein Herr prahlte mit dieser Eigenschaft seines Angestellten, wie man sonst etwa mit der Bissigkeit eines Hundes oder der Stärke eines Pferdes prahlt. Er schlug beispielsweise seinem Ladennachbar eine Wette vor:

„Wer setzt zehn Rubel dagegen, daß mein Mischka in zwei Stunden zehn Pfund Schinken vertilgt?“

Man kennt aber Mischka schon von dieser Seite und weiß, daß er diese Leistung fertigbringt. Es erfolgt also ein Gegenvorschlag:

„Wetten wollen wir nicht, den Schinken aber können wir ja kaufen: mag er ihn fressen, und wir werden zusehen!“

„Aber lauter schieres Fleisch, ohne Knochen!“

Sie reden noch ein Weilchen lässig hin und her, und dann wird Mischka gerufen. Aus dem dunklen Lager-raume kommt ein hagerer, bartloser Bursche mit knochigem Gesicht hervorgekrochen, in einem langen Tuch-paleot mit rotem Gürtel, ganz von Wollflecken bedeckt. Ehrerbietig zieht er die Mühe von dem kleinen Kopfe und richtet schweigend den trüben Blick der tief-liegenden Augen auf das blutunterlaufene, von dickem, borstigem Haar bedeckte Vollmondgesicht des Prinzi-pals.

(Fortsetzung folgt.)

